



Düsseldorfer Pläne beim Landesjagdgesetz immer absurder

Wiedereinführung der Jagdsteuer, obwohl sie niemand will – Protest geht in den Kreisen weiter

4. Dezember 2014, Dortmund. Die Pläne der rot-grünen Düsseldorfer Landesregierung für ein Jagdgesetz werden immer unverständlicher. Das zeigt nach Auffassung des Landesjagdverbandes beispielhaft die geplante Wiedereinführung der Jagdsteuer. „Sie ist politisch nicht länger haltbar, seitdem erwiesen ist, dass sie niemand will“, sagte Ralph Müller-Schallenberg, Präsident des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen, am Donnerstag (4. Dezember). Er fordert weitere massive Änderungen des Gesetzentwurfes, der am Freitag erstmals im Landtag beraten wird.

In einem gemeinsamen Schreiben vom 24. November an den LJV-Präsidenten hatten die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Norbert Römer und Reiner Priggen, mitgeteilt, der von CDU-Politikern dominierte Vorstand des Landkreistages fordere die Wiedereinführung der Jagdsteuer. Deshalb solle der Landesjagdverband seine Proteste an die CDU richten. Postwendend hatte der Landkreistag am selben Tag in einem Brief an Römer und Priggen die Behauptung, die Landkreise seien die Urheber einer Wiedereinführung der Jagdsteuer, als unzutreffend zurückgewiesen.

Die CDU-Landräte des Münsterlandes in Warendorf, Steinfurt, Borken und Coesfeld sprechen sich in einer öffentlichen Erklärung vom 2. Dezember gegen eine Wiedereinführung der Jagdsteuer aus. In Ostwestfalen hat nach Medienberichten kaum ein Kreis Interesse daran. Alle SPD-Landräte sehen dies nach Äußerungen des sozialdemokratischen Gevelsberger Bürgermeisters Claus Jacobi bei einer der fünf LJV-Regionalkonferenzen in Bielefeld am 18. November ebenso. Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Landtag, Marc Herter, hat auf der Konferenz des Landesjagdverbandes in Werl am 28. Oktober erklärt, eine „Zwangsbeglückung der Kreise“ komme für die SPD-geführte Regierungskoalition nicht in Frage. Der Grünen-Umweltpolitiker Norwich Rüsse hat auf der LJV-Veranstaltung in Bielefeld die Jagdsteuer als entbehrlich bezeichnet. Die Oppositionsfraktionen CDU und FDP im Landtag sind ausdrücklich dagegen. „Wieso kommt die Jagdsteuer in den Gesetzentwurf, wenn niemand sie wiederhaben will?“, fragt sich nun nicht nur Jägerpräsident Müller-Schallenberg. „Das ist absurd.“

Die Jagdsteuer konnte früher von den Kreisen und kreisfreien Städten erhoben werden. Sie war 2009 in NRW abgeschafft worden, weil sie aus einer Zeit stammte, als mit der Jagd noch Geld verdient wurde. Tatsächlich wenden die Jäger aus eigener Tasche längst erhebliche Mittel für

die Natur auf und sollen dafür obendrein nun wieder mit einer Exklusivbelastung bestraft werden, die sie zwar empfindlich trifft, aber mit einem landesweiten Aufkommen von 8 Mio. Euro ohnehin als Bagatelsteuer galt.

Nach den Regionalkonferenzen des Landesjagdverbandes mit rund 15.000 Jägern und Landleuten geht der Protest („Für Land und Leute! Schluss mit den Verboten!“) gegen das Jagdgesetz weiter ins Land. „Die Pläne der Landesregierung finden keine öffentliche Unterstützung, sondern nur massiven Protest“, so Müller-Schallenberg. Der Landesjagdverband und seine Kreisjägerschaften werden die örtlichen Landtagsabgeordneten aller Parteien in deren Wahlkreisen zu Lokalkonferenzen bitten und sie als Mitglieder des Gesetzgebungsorgans Landtag nach ihrer Haltung zum Landesjagdgesetz befragen. „Jeder Landtagsabgeordnete entscheidet. Wir wollen jetzt wissen wie“, sagte Müller-Schallenberg.

4. Dezember 2014

Pressekontakt:

Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Andreas Schneider

Gabelsbergerstraße 2

44141 Dortmund

Tel.: 0231/2868-810

Fax: 0231/2868-888

E-Mail: aschneider@ljev-nrw.de

www.ljev-nrw.de